

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
am 5. und 6. März 2022 in Leuna

Beschluss 5. März 2022

Gegen den Krieg!

Der verbrecherische Angriffskrieg gegen die Ukraine auf Befehl des russischen Präsidenten Putin ist nicht nur ein Verstoß gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen die Grundlagen unseres Zusammenlebens in Europa. Für einen nationalistischen und militaristischen Großmachtanspruch werden Menschenleben geopfert, die Zivilbevölkerung in der Ukraine bedroht und die Infrastruktur des Landes zerstört. Inzwischen droht Putin mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen, inklusive von Atomwaffen, nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen Länder, die Sanktionen gegen Russland verhängen. Als Friedenspartei sagen wir ganz klar: dafür gibt es keine Rechtfertigung. Wir verurteilen diesen Völkerrechtsbruch und solidarisieren uns mit allen Menschen, die in Russland den Mut haben, gegen den Kriegstreiber Putin und seinen Machtapparat zu demonstrieren, um den Krieg zu stoppen.

Viele von uns haben bis vor kurzem diese Eskalation der Kriegsgewalt nicht für möglich gehalten und wollten nicht wahrhaben, was dann wahr wurde. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt, aber diesmal ist sie gestorben.

Zur Beendigung dieses Krieges fordern wir die Bundesregierung auf, alle diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen, die unter diesen Bedingungen noch existieren. Die Gefahr eines Flächenbrandes bis hin zu einem Atomkrieg ist zu groß, um auch nur die kleinste Chance ungenutzt zu lassen.

Den Worten müssen nun Taten folgen.

Wir stehen fest an der Seite der vom Krieg Betroffenen. Solidarität zu zeigen heißt, Flüchtlinge aus der Ukraine, unabhängig von ihrer Nationalität, aufzunehmen oder sie dort zu unterstützen, wo sie sich befinden. Nieder mit den Waffen heißt aber auch, Menschen aus Russland aufzunehmen, die sich dem Kriegsdienst widersetzen.

Wir befürworten Sanktionen, die zielgenau die politisch Verantwortlichen für diesen Angriffskrieg und die mit ihnen verbundenen Oligarchen treffen. Dazu ist es nötig, Geldströme zu kontrollieren, Geldwäsche zu verhindern und Vermögen zu beschlagnahmen. Länder, die sich dem widersetzen, müssen unter Druck gesetzt werden, sich diesen Sanktionen anzuschließen.

Sanktionen, die vor allem die breite Bevölkerung in Russland treffen und die soziale Spaltung zusätzlich verschärfen, könnten Putin noch zusätzlich in die Hände spielen. Es steht zu befürchten, dass Putin diese für seine Propaganda effektiv nutzen kann, um noch aggressiver vorzugehen. Der sofortige Stopp aller Importe von Öl, Gas und Kohle aus Russland ist schon deshalb nicht möglich, weil das für die Bevölkerung in der EU schwer einzuschätzende Folgen hat. Die Hoffnung, damit dem Putin-System die Mittel für seine

Militärmaschinerie zu nehmen, kann sich ohnehin nur mittelfristig erfüllen. Darüber hinaus müssen wir befürchten, dass die fehlenden Einnahmen auf russischer Seite nicht zu weniger Rüstung führen, sondern zur Verelendung breiter Bevölkerungsschichten. Trotzdem wird deutlich, dass der Import fossiler Energieträger aus Russland nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus politischen Gründen infrage gestellt werden muss. Die Antwort darauf darf aber nicht eine Rückkehr zur Atomkraft, die Verlängerung des Braunkohleabbaus oder Flüssiggas aus den USA oder Katar sein.

Wir benötigen dagegen den massiven Ausbau der erneuerbaren Energie sowie der Forschung und Entwicklung der Energiespeicherung und die Umstellung der Wertschöpfung auf die Verwendung erneuerbarer Energien. Statt Rüstungsausgaben explodieren zu lassen, benötigen wir Geld, um Energiearmut zu verhindern, die Kosten für Strom und Heizung für die Verbraucher zu begrenzen.

Wir lehnen die vorgesehene Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der NATO als grundfalsche Reaktion auf den russischen Angriff ab. 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes in das Militärbudget zu stecken, wie von Kanzler Scholz angekündigt, würde dazu führen, dass die Bundesrepublik Deutschland allein mehr Geld für Rüstung ausgibt als Russland. Alle NATO-Staaten zusammen geben ohnehin schon jetzt ein Vielfaches des russischen Rüstungsetats für das Militär aus.

Immer mehr Waffen schaffen keinen Frieden! Sie führen nur dazu, dass dringend nötige Ausgaben für Soziales, Bildung und der Bekämpfung des Klimawandels gestrichen werden und erhöhen die Risiken für militärische Auseinandersetzungen.

DIE LINKE als internationalistische Friedenspartei kämpft gegen Krieg und Aufrüstung. Unabhängig davon, von wem der Krieg geführt wird und mit welcher Begründung.

Den Krieg stoppen! Kein Krieg – nirgends!